

HAUSHALT 2018

Stellungnahme und Anträge

der SPD-Fraktion

Mittwoch, 25. Oktober 2017

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Herren Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Gemeinderatskollegen und –kolleginnen

„Auch aus Steinen, die in den Weg gelegt werden, kann man schönes Bauen“ dieses Zitat von J.W.Goethe stelle ich an den Beginn der Haushaltsrede der SPD-Gemeinderatsfraktion.

2017 erleben wir als Jahr mit Turbulenzen und Unsicherheiten. Die Proklamation des amerikanischen Präsidenten „America first“, die Bexit-Verhandlungen mit Großbritannien, der Dieselskandal, der die Autoindustrie erschüttert, weltweite Terrorakte verunsichern die Menschen. Kriege, Gewaltherrschaften, ethnische Konflikte und Klimaveränderungen sind die Ursachen, dass Menschen auf der Flucht sind.

Seit Frühjahr 2016 nimmt das Thema „Flüchtlinge“ auch in diesem Gremien einen breiten Raum ein. Die Aufnahme und Integration von geflüchteten Menschen löst bei vielen Zukunftsängste aus. Mit der

Anschlussunterbringung und dem Integrationskonzept, die beide mit großer Mehrheit beschlossen wurden hoffen wir auf einem guten Weg zu sein. Wo kann Integration gelingen, nur in den Kommunen. Dies geschieht nicht von heute auf morgen, oder in zwei Jahren sondern über einen längeren Zeitraum. Die notwendige finanzielle Unterstützung des Landes ist hier gefragt und darf nicht nur auf zwei Jahre ausgelegt sein.

Uns ist insbesondere ein Anliegen, die Ehrenamtlichen zu unterstützen. Ohne deren praktisch-konkrete Arbeit und deren vielseitigem Engagement wäre die Integration nicht zu meistern. Darüber sind wir uns alle einig.

Hinter jedem Geflüchteten steht ein Einzelschicksal. Das sollten wir uns immer vergegenwärtigen. Selbstverständlich sind rechtliche Rahmenbedingungen zu berücksichtigen. Aber es gilt auch, Spielräume zu nutzen – hier möchte ich ausdrücklich die Ausländerbehörde der Stadt Kirchheim als positives Beispiel erwähnen.

Es ist eine Frage der Einstellung und Haltung.

Es muss in unserer aller Interesse sein, dass Flüchtlinge darauf vertrauen können, dass uns deren Integration ein Anliegen ist.

Die Wirtschaft in Deutschland scheint von diesen Unsicherheiten unbeeindruckt. Laut dem Ifo-Geschäftsklimaindex ist die Stimmung „euphorisch“. Die Auftragsbücher sind voll, Baden-Württemberg ist in einer guten und robusten Wirtschaftslage. Die Steuereinnahmen dürfen auch in der anstehenden November-Steuerschätzung erneut nach oben zeigen.

Dies heißt nicht, dass wir uns auf dem Erreichten ausruhen können.

Fehlender und bezahlbarer Wohnraum, Mangel an Gewerbeflächen, Mängel in Infrastruktur oder weiterer Angebote in der Kinderbetreuung sind Aufgaben die wir nicht vernachlässigen dürfen und die wir als Herausforderungen annehmen müssen. Deshalb ist es richtig, dass wir uns mit dem „Zukunftsdialo“ auf den Weg gemacht haben. Dort sind die Zukunftsthemen zu diskutieren, Vorschläge und Maßnahmen zu erarbeiten und von Verwaltung und Gemeinderat zu priorisieren und umzusetzen.

Es stellt sich für die SPD die Frage, ob die bisher in der Stadthalle durchgeführten Diskussionsrunden, die Form der Partizipation ist. Ob damit die Teilhabe aller oder einer Mehrheit von Kirchheimerinnen oder Kirchheimern gewährleistet und damit deren Lebensumstände und Visionen zum Ausdruck kommen,

Unter diesen äußeren Rahmenbedingungen wurde der Haushalt 2018 mit der ersten Lesung von Ihnen Frau Oberbürgermeisterin am 27. September 2017 eingebracht.

Der Haushaltsplanentwurf schließt mit einem negativen Betrag im Ergebnishaushalt in Höhe von 9,6 Mio. € ab. Dieses Defizit resultiert aus den Grundsätzen der Finanzbeziehungen zwischen Land, Kreis, Städten und Gemeinden. Das gute Ergebnis 2016 und die Steuerrückforderungen in 2017 sind Grundlage dieses Defizits. Solche große Schwankungen bei der Gewerbesteuer hatten wir in Kirchheim bisher nicht gekannt. Die Steuerschätzung im November und eine evtl. weitere Reduzierung der Kreisumlage speist die Hoffnung den negativen Betrag zu reduzieren.

Die gute finanzielle Lage der Kommunen und damit auch Kirchheims täuscht darüber hinweg, dass zunehmend Aufgaben den Kommunen übertragen werden und die notwendige finanzielle Ausstattung von Bund und Land zu diesen Aufgaben fehlt. Durch die Kürzung des Vorwegabzugs im Finanzausgleichsgesetz zu Lasten der Kommunen schränkt die kommunale Selbstverwaltung ein. Die vom Land geförderten Fachprogramme gleichen dies nicht aus.

Kirchheim hat eigentlich kein Einnahmeproblem sondern die übertragenen Aufgaben an die Kommunen werden immer weniger von Bund oder Land finanziert. Dies wird sich in Zukunft noch verschärfen, denken wir dabei an die Digitalisierung der Schulen oder die Kinderbetreuung – dazu noch später.

Die vom Gemeinderat aufgestellte Leitplanke aus dem strategischen Finanzmanagement, die Verschuldung auf 16,4 Millionen festzuschreiben wird bis zum Ende des Finanzierungszeitraums 2021 nicht erreicht – es bleibt ein Spielraum von 10 Mio. €. Mit Blick auf die Erfordernisse von Investitionen in die Sanierung von Kindergärten, Verwaltungsgebäude, des technischen Zentrums, Schulen usw. sind die erforderlichen Maßnahmen anzugehen.

Wir vermissen, die zeitnahen Jahresabschlüsse und die notwendigen Controllingberichte. Wir erwarten, dass sich im Laufe von 2018 dies auf die gesetzlich geforderten Zeitpunkte einspielt.

Wohnen ist für die SPD ein Teil der Daseinsvorsorge. Mit der Verabschiedung der Leistungsziele und Maßnahmen für das Handlungsfeld „WOHNEN“ haben wir uns eine notwendige Grundlage geschaffen an der wir uns in den nächsten Jahren orientieren können. Die schon lange geforderte Sozialbauverpflichtung soll 2017 noch verabschiedet werden. Wir fordern, die Anwendung der Sozialbauverpflichtung für alle noch nicht verabschiedeten Bebauungspläne. Dies ist für unsere Fraktion aber nicht ausreichend. Überlegungen den städt. Wohnungsbestand zu erhöhen sind unabdingbar. Inwieweit finanzielle Mittel des Bundes bzw. des Landes für den sozialen Wohnungsbau greifen, oder Erbbaurechte bei städt. Grundstücke möglich sind zeigen andere Städte in Baden-Württemberg. Nachhaltigkeit muss die maßgebliche Grundlage für die Schaffung neuer Wohngebiete in Kirchheim sein. Grundlage kann dafür das Format der IBA 2027 sein. Neue Ideen und Projekte im sozialen, kulturellen und ökologischen Bereich können Impulse für einen städtebaulichen Wandel werden.

Einige unserer Anträge beziehen sich auf dieses Themenfeld.

Bildung und Betreuung werden weiterhin die zentralen Themen in den nächsten Jahren sein. Die Entscheidungen in den vergangenen Jahren waren die richtigen Weichenstellungen für den Schulstandort Kirchheim. da ist zu nennen – der Bau des Campus Rauner, die Ertüchtigungen der naturwissenschaftlichen Räume an den Gymnasien usw. Die große finanzielle Herausforderung wird die Digitalisierung der Schulen. Der Digitalisierungsstrategie des Landes fehlt im Bildungsbereich ein roter Faden. Die einzelnen Maßnahmen stehen noch unverbunden nebeneinander und lassen eine Vision, wie unsere Schulen zukunftsfähig bleiben können, vermissen. Was heißt das: vernetzte Schulgebäude, digitale Präsentationsräume, Klassensätze von IT-Endgeräten, Breitbandanbindung ans Internet. Es werden hohe Erwartungen geweckt – allein das Geld kommt nicht. Aus einer Pressemitteilung des Städtetages werden pro Schüler bzw. Schülerin mit ca. 100 € gerechnet. Das heißt: die Kommunen können das finanziell nicht bewältigen.

Ab dem Schuljahr 2018/2019 sind in Kirchheim alle Grundschulen mit Ausnahme der Grundschulde in Nabern Ganztageschulen in Wahlform. Eltern, deren Kinder nicht die Ganztageschule besuchen erwarten weiter flexible Betreuungsangebote an den Schulen, insbesondere in der Mittagszeit bis 13.00 Uhr. Vom Kultusministerium wurde angekündigt, Betreuungsangebote statt nur Ganztagesangebote zu bezuschussen. Details zur Umsetzung liegen aber noch nicht vor.

Die Schulsozialarbeit an den Kirchheimer Schulen hat sich bewährt. Wir unterstützen den Antrag der Werkrealschule Jesingen und der GS Nabern gemeinsam eine 50% Stelle für die Schulsozialarbeit einzurichten.

In die frühkindliche Bildung und Betreuung fließt ein großer „Batzen“ der kommunalen Finanzen. Die Erzieherinnen und Erzieher leisten in den Einrichtungen gute pädagogische Arbeit – dafür vielen Dank! Entgegen aller anders lautenden Prognosen steigen die Kinderzahlen – darüber freuen wir uns – gleichzeitig ist es eine Herausforderung auch in Kirchheim, denn die Notwendigkeit an Betreuungsplätze steigt – sowohl bei Ganztagesplätze für über 3jährige Kinder wie auch bei Krippenplätze. Häufig stoßen die Gebäude unserer Betreuungseinrichtungen an Ihre Grenzen. Die Gebäude dafür fit zu machen erfordert hohe finanzielle Investitionen – die wir nicht länger auf die lange Bank schieben können. Unsere Anträge sind zu diesem Punkt im Anhang zu finden.

Umgang und soziale Nähe kann die Politik nicht vorschreiben, aber sie kann bessere Voraussetzungen dafür schaffen. Hierzu gehört der Quartiersgedanke, der das Zusammenleben fördert. Eine Struktur im Quartier mit ausreichenden Begegnungsmöglichkeiten, Spielplätzen und Anbindungsmöglichkeiten an Geschäfte, Schule oder Kindergarten ist ein wichtiger Baustein. Können diese Netzwerke das Wegbrechen von Einrichtungen der Daseinsvorsorge wie Einzelhandelsgeschäft in der Freiwaldaustraße verhindern bzw. auffangen?

Dazu unser Antrag: Möglichkeiten auf zu zeigen wie mit Unterstützung der Verwaltung ein Verein oder eine Genossenschaft den Verlust der Nahversorgungseinrichtungen verhindert werden kann.

- 6 -

Nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz sollten erfolgreiche Markenzeichen der Stadt Kirchheim werden. Zukunftsfähig heißt, Elemente einer nachhaltigen, einer zukunftstauglichen Entwicklung aufzunehmen mit dem Ziel, einen Interessenausgleich herbeizuführen im Spannungsfeld zwischen Ökologie, Ökonomie und Sozialem. Nachhaltigkeit ist nicht nur Ökologie allein – sie kann nur gelingen und erfolgreich sein, wenn ökonomische und für uns von der SPD insbesondere die sozialen Aspekte im Einklang miteinander sind. Unseren Antrag vom vergangenen Jahr stellen wir nochmals. „Die Einführung eines Stadttickets“.

Bei unserem Info-Stand vor etwa zwei Wochen waren die hohen Fahrpreise innerhalb des Stadtverkehrs ein immer wieder vorgebrachter Punkt. Die Unterscheidung zwischen dem Fahrpreis von einer Tarifzone und der Kurzstrecke ist nicht nachvollziehbar. So bezahlt der/die Kundin von Kirchheim nach Königen mit dem Flughafenbus 1,30 €, aber vom Schafhof zum Bahnhof mit dem Stadtbus 2,40 €. Abzuwarten, bis innerhalb des VVS über neue Tarifzonen diskutiert wird dauert uns zu lange.

Unser Antrag lautet: Einführung eines Stadttickets.

Die SPD-Fraktion unterstützt Schaffung einer Stelle für den Klimaschutzbeauftragten.

Frau Oberbürgermeisterin in der Broschüre „von uns allen bewegt – von Nachhaltigkeit getragen“, die vergangene Woche in die Haushalte verteilt wurde steht als Überschrift „aus Visionen wird ein lebenswertes Morgen“. Das möchte ich persönlich unterstreichen. Gleichzeitig möchte ich mein Bedauern zum Ausdruck bringen. Die Kultur ist von 11 Handlungsfeldern auf Rang 10 platziert. Schade – schade !!! . Kultur ist für mich ein Handlungsfeld der Daseinsvorsorge. Ich appelliere an die Kollegen und Kolleginnen künftig der Kultur vor allem bei der finanziellen Ausstattung einen höheren Stellenwert ein zu räumen.

Ich wünsche uns gute Beratungen und glückliche Entscheidungen für Kirchheim - frei nach Jeremia 29 Vers 5 – 7 „Suchet der Stadt Bestes.“

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

.

Den Fraktionen bereits bekannte Anträge für den Haushalt 2018

1) Bildungshaus Nabern: Neubau der Kindergartens

Bereits in der SiVo Nr. 005/16/GR wurde die Situation wie folgt beschrieben:

„...Das Gebäude des Kindergarten in Nabern ist energetisch unwirtschaftlich und weist bauliche Mängel sowie Sanierungsbedarf (Eingangsbereich, Heizungsanlage, Jalousien etc.)auf. Der angebaute Container wurde als Provisorium zur Deckung von mehr Bedarfsfläche errichtet. Er entspricht mit befristeter Genehmigung nicht der EnEV...“

Darüber hinaus kann mit dem Kindergarten-Neubau das erfolgreiche pädagogische Konzept des Bildungshauses noch ausgebaut werden, indem unter anderem die optimale Anzahl an Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt wird.

Zusammen mit den Eindrücken aus der gemeinsamen Begehung des Kindergartens, in der wir zur Kenntnis nehmen mussten, dass es keine weitere Genehmigung durch den KVJS für den erweiterten Ganztagsbetrieb gibt (3 Kindern musste die bereits erteilte Zusage wieder zurückgenommen werden) und dass es auch bezüglich des Mitarbeiterschutzes erhebliche Mängel gibt, halten wir eine sofortige Umsetzung der Maßnahme für geboten.

Antrag 1)

Wir beantragen, dass die Realisierung des Bildungshauses Nabern auf der Vorentwurfsplanung von Kiltz-Kazmaier Architekten aufbaut und dabei die Realisierung des ursprünglichen Bauabschnitts 2 (Neubau Kindergarten) vor den Bauabschnitt 1 (Sanierung Eingangshalle, Neubau Toilettenanlage, Multifunktionsraum) priorisiert wird.

Basierend auf der damaligen Kostenkalkulation vom 27.08.2015 (ca. 3.500.000,- €) beantragen wir die Aufnahme folgender Mittel in die Haushaltsplanungen ab 2018:

Investitionsmaßnahme	Ansatz 2018 Euro	Ansatz 2019 Euro	Ansatz 2020 Euro	Bisher finanziert Euro	Gesamtkosten Euro
Bildungshaus Nabern (bisher: 702365045002)					
Planungsrate	50.000,-			20.000,-	
Investitionsausgaben		1.900.000,-	1.900.000,-		
Gesamtkosten der Maßnahme					3.900.000,-

2) Generalsanierung des Technischen Zentrums

Bereits in der SiVo Nr. 026/15/GR wurden neben der dringend notwendigen Asbestsanierung des technischen Zentrums auch die baulichen und funktionalen Mängel aufgezeigt. Es wurde die Entwicklungsstudie des Büros Nixdorf vorgestellt und glaubhaft versichert, wie wichtig, notwendig und sinnvoll eine Sanierung des technischen Zentrums ist. Im Vergleich zu einem ebenfalls untersuchten Neubau des technischen Zentrums erschien die Sanierung bzw. der Umbau sowohl aus finanzieller, als auch aus strategischer Sicht (Standort) die bessere Lösung – der damals vorgestellte Terminplan wurde aber nun schon mehrfach geändert, aktuell sind einige Maßnahmen aus dem Finanzierungszeitraum herausgefallen.

Antrag 2.1)

Wir beantragen in den Jahren 2018-2020 die Realisierung der damals ausgewiesenen Bauabschnitte

1. Bauabschnitt: Sanierung Feuerwache mit Umbauten, Neubau Lagerhalle, energetische Sanierung
2. Bauabschnitt: Sanierung der Wohnungen, energetische Sanierung

Basierend auf der damaligen Kostenschätzung vom 17.10.2014 (ca. 7,5 – 8,2 Mio€) beantragen wir die Aufnahme folgender Mittel in die Haushaltsplanungen ab 2018:

Investitionsmaßnahme	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Bisher finanziert	Gesamtkosten
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
702126040001: Generalsanierung Technisches Zentrum					
Planungsrate	100.000,-			33.964,-	
Investitionsausgaben	500.000,-	3.400.000,-	3.400.000,-		
Gesamtkosten der Maßnahme					7.500.000,-

Antrag 2.2)

Darüber hinaus beauftragen wir die Verwaltung aufzuzeigen, wie es mit den weiteren Bauabschnitten weitergehen soll:

3. Bauabschnitt: Sanierung DRK / DLRG / Wohnung, energetische Sanierung
4. Bauabschnitt: Erneuerung Außenfläche

Anträge der SPD Fraktion für den Haushalt 2018

1) Ausnutzung der Leitplankenregelung

Die Leitplanke aus dem strategischen Finanzmanagement vom Juli 2015 sieht eine Obergrenze der Verschuldung von 16,4 Mio. € im Planungszeitraum 2016-2019 vor. Der Ausblick auf den Finanzierungszeitraum bis 2021 zeigt auf, dass die Stadt Kirchheim unter Teck mit einem voraussichtlichen Schuldenstand von 5,9 Mio € zum 31.12.2021 um ca. 10 Mio € unter dieser selbst gezogenen Leitplanke liegen wird.

Ein Blick auf den Sanierungsstau in vielen städtischen Gebäuden (Kindergärten, Schulen, Verwaltungsgebäuden) zeigt, dass die Stadt Kirchheim zwar eine außerordentlich geringe Verschuldung aufweist, dafür aber hohe „infrastrukturelle Schulden“, die nur durch Sanierung ausgeglichen werden können.

Antrag 1.1)

Wir beantragen die Fremdverschuldung innerhalb der Leitplankenregelung vom 22.07.2015 im Finanzierungszeitraum bis 2021 zu erhöhen und die notwendigen Renovierungs-, Sanierungs- bzw. Neubaumaßnahmen zu planen und umzusetzen.

Antrag 1.2)

Sollte die Stadt Kirchheim aufgrund von personellen Engpässen die notwendigen Renovierungs-, Sanierungs- bzw. Neubaumaßnahmen nicht umsetzen können, so beantragen wir, dass ausgewählte Maßnahmen an Generalunternehmer vergeben werden.

2) Stadtwerke: Ausweisung weiterer Geschäftsfelder

Sowohl beim Zukunftsdialog, als auch beim direkten Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern wird klar: die Stadt Kirchheim soll ein eigenes Hallenbad haben. Unabhängig von der zeitlichen Realisierung dieses Ziels stellt sich die Frage: wie kann sich die Stadt Kirchheim ein neues Hallenbad leisten! Ziel muss es sein, das Angebot und die Leistungsfähigkeit der Stadtwerke so auszubauen, dass höhere Gewinne erzielt werden, um so z.B. Projekte wie die Finanzierung des Baus und Betriebs eines Hallenbads sicherzustellen.

Antrag 2.1)

Wir beantragen den Ausbau der Stadtwerke um weitere Geschäftsfelder bzw. die Stärkung bereits bestehender Geschäftsfelder, einhergehend mit einem sinnvollen Stellenausbau.

- Ausbau des Konzepts der Nahwärmeversorgung auf alle neu geplanten Wohngebiete bzw. Möglichkeiten eruieren, wie dies auch in bestehenden Wohngebieten umgesetzt werden kann
- Bau und Betrieb von neuen Parkhäusern (z.B. in Industriegebieten), um dort mehr Flächen zur jeweiligen Nutzung zu bieten
- Digitale Infrastruktur: Gewährleistung der Breitbandversorgung im gesamten Stadtgebiet durch eigenen Ausbau des Netzes
- Vorbereitung und Planung des Einstiegs in die eigene Stromerzeugung
- Jede weitere Idee ist willkommen und wird wohlwollend geprüft

Antrag 2.2)

Überführung der Stadtwerke in einen steuerlichen Querverbund

3) Anträge zum Handlungsfeld „Wohnen“

Bei den verabschiedeten Maßnahmen, die in der SiVo GR/2017/077/1 ausgewiesen sind, fehlen aus unserer Sicht noch folgende Aspekte

Antrag 3.1)

Neben der Ausweisung von neu geschaffenem Wohnraum in Höhe von 15% für das preiswerte Segment nach Kriterien des Förderprogramms Wohnungsbau BW2017 (Zielgruppe I) beantragen wir die Erweiterung des Leistungsziels 2 analog der Gespräche bzgl. der Sozialbauverpflichtung:

Bei neu geschaffenem Wohnraum im Betrachtungszeitraum 2018 – 2022 fallen 20% in das Segment des gedämpften Mietwohnungsbaus (Zielgruppe II) von 20-30% unterhalb des Kirchheimer Mietspiegels.

Antrag 3.2)

Wir beantragen, dass die Sozialbauverpflichtung ab sofort in Kraft tritt und somit für alle Maßnahmen Anwendung findet, die aktuell und zukünftig in Planung sind bzw. die Realisierung noch nicht begonnen hat.

Antrag 3.3)

Wir beantragen, dass städtische Flächen an Investoren bzw. Wohnbaugenossenschaften in Erbpacht vergeben werden, damit die Stadt Kirchheim nicht Gefahr läuft, bald keinen eigenen wertvollen Grund und Boden mehr zu besitzen und in punkto Nachhaltigkeit auch weiterhin entscheidungsfähig bleibt, wie es mit den entsprechenden Grundstücken weitergeht, sollte die Erbpacht auslaufen.

Antrag 3.4)

Wir beantragen, dass die Erlöse aus dem Grundstücksverkauf des Steingau-Areals in städtischen Wohnungsbau eingesetzt werden.

Antrag 3.5)

Wir beantragen weiterhin die Überführung des städtischen Wohnungsbestands in einen Eigenbetrieb. Die Diskussion / Entscheidung darüber soll im ersten Quartal 2018 stattfinden.

Antrag 3.6)

Wir beantragen zu überprüfen, ob und wie sich die Stadt an der IBA 2027 beteiligen kann.

4) Weiterentwicklung des ÖPNV-Konzepts: Einführung eines Stadttickets

Aufgreifen des Antrags aus den vorigen Jahren: In Anlehnung an die Pilotprojekte in Marbach und Herrenberg sollen die Fahrten mit dem ÖPNV attraktiver gemacht werden. Ziel ist eine stärkere Nutzung des vorhandenen ÖPNV durch Erschließung von Fahrgastpotenzialen, aber auch der städtische Klimaschutz profitiert von dieser Maßnahme.

Antrag 4.1) Erarbeiten eines Konzepts, wie ein Stadtticket eingeführt werden kann (Alternativen Einzelfahrschein oder 4-Fahrtenticket). Die Stadttickets sollen sowohl für Einzelpersonen, als auch für Familien angeboten werden.

Für die kommunale Bezuschussung des Stadttickets sind Mittel in Höhe von 50.000,- € im Haushalt 2018 einzustellen.

Antrag 4.2) Verhandlungen mit VVS über Vergünstigungen beim Erwerb von Einzeltickets bzw 4er- Tickets, da der VVS bei höheren Fahrgastzahlen ebenfalls profitiert. Somit können die Kosten für die Bezuschussung des Stadttickets verringert werden.

5) Bildung 4.0: multimediale Auf- bzw. Nachrüstung der Schulen

Die Verwaltung soll mit den Schulen Gespräche über ein zukunftsweisendes Medienkonzept "Bildung 4.0" auf den Weg bringen. Ein Medienkonzept, das zeitgemäßen Bedürfnissen gerecht wird:

Antrag 5.1)

Versorgung aller Kirchheimer Schulen (in der Priorität weiterführende Schulen, dann Grundschulen) mit schnellem Internet = Sicherstellen der Breitbandversorgung.

Antrag 5.2)

Ausstattung aller Schulen mit einem sicheren und leistungsfähigen LAN = voll vernetzte Schulhäuser.

Antrag 5.3)

- Ausstattung der Schulen mit ausreichend schulweiten Klassensätzen an Endgeräten.
- Ausstattung der Schulen mit ausreichend digitalen Präsentationsmöglichkeiten und Endgeräten für Lehrer.

6) Krisenmanagement an Schulen

Der Großeinsatz am Kirchheimer Schlossgymnasium hat gezeigt, dass auch alle Kirchheimer Schulen gewappnet sein müssen für Krisensituationen. Die Verwaltung wird gebeten, in der Wiederholung des Antrags aus dem vergangenen Jahr, darzustellen wie die einzelnen Schulen in Bezug auf einwirkende Krisensituationen aufgestellt sind.

Antrag 6

Deshalb beantragen wir eine Übersicht über alle Schulen über

- Krisenplan: liegen sie für jede Schule vor und sind sie mit Polizei, Feuerwehr und Schulträger abgestimmt?
- Flucht- und Rettungsplan: liegen sie für jede Schule vor und sind sie mit Polizei, Feuerwehr und Schulträger abgestimmt?
- Amokalarmierung: wie funktionsfähig sind die Anlagen und wie läuft die „Schulung“ der Rektoren, Lehrer, Schülerinnen und Schüler?

7) Sanierung der städtischen Sportanlagen

Einige städtische Sportanlagen sind in einem sanierungsbedürftigen Zustand, die einer Reparatur bzw. Sanierung bedürfen. Von kleineren Defekten bis hin zu kompletten Schließungen von Duschen/Umkleiden reicht die Schadensliste.

Antrag 7)

Wir beantragen, dass die Verwaltung aufzeigt, welche Mängel an den Einrichtungen bestehen und bis wann diese Mängel beseitigt werden. Darüber hinaus soll aufgezeigt werden, wie die Nutzung im Zeitraum bis zur Reparatur/Sanierung erfolgen kann.

8) Wiederauflage der Kirchheimer Kinder Karte

Im Prozess der lokalen Agenda in Kirchheim wurde eine „Kirchheimer Kinder Karte“ angefertigt.

Antrag 8)

Wir beantragen, diese Karte zu aktualisieren und wieder aufzulegen – gerne auch wieder über eine lokale Agendagruppen, es sind jedoch Mittel bereitzustellen für den Druck der Karten.

9) Bessere Teilhabe für Senioren

Wohnortnah, kleinräumig, sozialraumorientiert, quartiersbezogen, inklusiv, generationenübergreifend – mit diesen und noch weiteren Adjektiven lassen sich Notwendigkeiten resultierend aus gesellschaftlicher Entwicklungen beschreiben. Der 7. Altenbericht der Bundesregierung mit dem Titel „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften“ zielt ebenfalls genau in diese Richtung.

Antrag 9.1)

Wir beantragen die Entwicklung eines Konzeptes aus der Perspektive einer älter werdenden Gesellschaft, wie die Stadt Kirchheim die zukünftigen Herausforderungen im Hinblick auf bedarfsgerechte und lokal passende Versorgungs- und Unterstützungsstrukturen angehen möchte.

In Kirchheim unter Teck gibt es bereits ein großes Beratungs- und Unterstützungsangebot.

Antrag 9.2)

Wir beantragen einen „sozialen Wegweiser“, der das vielfältige Angebot zielgruppengerecht darstellt, und gut erreichbare Anlaufstellen (in der Verwaltung und Quartiersbezogen) um die Anliegen auch persönlich vorbringen zu können.

10) Bessere Teilhabe für Jugendliche

Im Oktober 2015 hat der Landtag in der Gemeindeordnung unter anderem den § 41a geändert. Kinder sollen und Jugendliche müssen nun an kommunalen Entscheidungen beteiligt werden.

Antrag 10)

Wir beantragen die Entwicklung und Umsetzung eines geeigneten und kontinuierlichen Kinder- und Jugendbeteiligungskonzeptes für Kirchheim unter Teck, das breit aufgestellt ist und Kindheit und Jugend in ihrer Vielfalt berücksichtigt, anspricht und abholt (z.B. Schule, Freizeit). Deshalb beantragen wir die Bereitstellung von finanzieller Ressourcen zur Umsetzung des Kinder- und Jugendbeteiligungskonzeptes in Höhe von 7.000,- € pro Jahr.

11) Bessere Teilhabe für Menschen mit Behinderung: wie geht's mit der Inklusion in Kirchheim weiter?

Antrag 11)

Die Verwaltung wird gebeten, Maßnahmen aufzuzeigen, wie Inklusion in Kirchheim noch besser gelingen kann.

12) Lärm reduzierende Maßnahmen in Kirchheim

Antrag 12)

Die Verwaltung wird gebeten einen Maßnahmenkatalog gegen den inzwischen permanenten hohen Lärm (ausgehend von der BAB oder der Landesstraße L 1200 in Jesingen) in ganz Kirchheim vorzulegen.

13) Weitertragen des Quartiersgedanken

Antrag 13) Wir beantragen, Möglichkeiten auf zu zeigen wie mit Unterstützung der Verwaltung Vereine oder Genossenschaften gegründet werden können um die Nahversorgung in den Quartieren zu sichern.

14) Prüfauftrag an die Verwaltung, geeignete Räumlichkeiten zum Anmieten für KünstlerInnen und private Veranstaltungen vorzulegen.

Dies kann auch als Teil Konzept eines städtischen Hallenkonzepts vorgelegt werden, das schon des Öfteren gefordert wurde.

15) Erneuter Antrag auf Auflegung eines Bürgerhaushalts, idealerweise mit der Einrichtung eines Kulturetats.

16) Wir beantragen, dass die Verwaltung dem Gemeinderat einen Vorschlag unterbreitet wie ein gesamtstädtisches historisches Stadtbild bei neuen Baumassnahmen auch über die Grenzen des Alleinrings hinaus aussehen soll.